

Emnid-Umfrage: Zustimmung zu TTIP auf dem Tiefststand – Bürger sehen in Gabriels Werbekampagne für das Abkommen einen Schaden für die SPD

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

Gemeinsame Pressemitteilung von Campact und foodwatch – Thema: Freihandelsabkommen

Berlin, 16. Oktober 2015.

Nach der Großdemonstration gegen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen ist die Zustimmung zu TTIP in der Bevölkerung auf einem neuen Tiefststand angekommen. 46 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten TTIP für „eine schlechte Sache“, wie eine repräsentative Befragung von TNS Emnid im Auftrag der Organisationen foodwatch und Campact ergab. Nur noch 34 Prozent halten TTIP demnach für „eine gute Sache“ – es ist der niedrigste Wert in einer Serie von Umfragen, innerhalb derer seit Februar 2014 insgesamt sechs Mal mit identischer Fragestellung die Haltung der Bevölkerung in Deutschland gegenüber dem Abkommen abgefragt wurde.

Am vergangenen Samstag waren in Berlin rund 250.000 Menschen gegen TTIP und das geplante europäisch-kanadische Abkommen CETA auf die Straße gegangen – es war die größte politische Demonstration seit dem Irak-Krieg. Vizekanzler Sigmar Gabriel hatte am selben Tag in ganzseitigen Anzeigen in verschiedenen Zeitungen für TTIP geworben. Diese Werbekampagne stößt auf Kritik in der Bevölkerung: TNS Emnid zufolge glauben 6 von 10 Befragten (60 Prozent), dass der SPD-Vorsitzende damit seiner

eigenen Partei schade.

„Auch durch millionenschwere Werbekampagnen von BDI und Wirtschaftsministerium lassen sich die Menschen nicht irreführen. Die Zustimmung zu TTIP sinkt auf ungeahnte Tiefen. Gabriels Schmusekurs mit den Konzernen führt die SPD in eine Sackgasse“, sagte Felix Kolb, geschäftsführender Vorstand von Campact.

„Sigmar Gabriel hat sich mit seinem Pro-TTIP-Kurs völlig verrannt. Er darf seine Augen nicht länger vor den Sorgen der Menschen verschließen – diese sind so groß wie nie und sie sind berechtigt: TTIP und CETA sind ein Angriff auf unsere Demokratie und deshalb abzulehnen“, so Lena Blanken, Volkswirtin bei der Verbraucherorganisation foodwatch.

In der Emnid-Befragung schätzen die Menschen auch die Folgen des transatlantischen Abkommens kritisch ein. Rund zwei Drittel gehen davon aus, dass TTIP den Umwelt- und Verbraucherschutz (69 Prozent) und die Arbeitnehmerrechte (62 Prozent) „eher verschlechtern“ werde. 73 Prozent glauben, dass sich der Vertrag negativ auf das Datenschutzniveau in Deutschland auswirken werde. 4 von 10 Befragten (40 Prozent) gehen sogar davon aus, dass TTIP schlecht für die Beschäftigungssituation und das Wirtschaftswachstum wäre.

Besonders kritisch bewertet die Bevölkerung zudem einzelne Aspekte des geplanten Abkommens: So sehen 57 Prozent der Befragten in den möglichen Schiedsgerichten für ausländische Investoren „eine schlechte Sache“. 62 Prozent halten es für schlecht, dass TTIP als völkerrechtlicher Vertrag den Spielraum der Gesetzgeber einengen kann.

Für die Befragung hat das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid 1.013 Bürgerinnen und Bürger im Zeitraum vom 13.-14.10.2015 – also nach der Großdemonstration vom 10.10. – repräsentativ im Auftrag von Campact und foodwatch befragt.

Eine Übersicht über aller Ergebnisse der Emnid-Befragungen im

Verlauf („Ist dieses Handelsabkommen Ihrer Ansicht nach eine gute oder eine schlechte Sache für Deutschland?“):

- Feb. 2014: gute Sache 55 Prozent / schlechte Sache 25 Prozent
- Okt. 2014: gute Sache 48 Prozent / schlechte Sache 32 Prozent
- Feb. 2015: gute Sache 39 Prozent / schlechte Sache 40 Prozent
- Juni 2015: gute Sache 47 Prozent / schlechte Sache 36 Prozent
- Juli 2015: gute Sache 42 Prozent / schlechte Sache 36 Prozent
- Okt 2015: gute Sache 34 Prozent / schlechte Sache 46 Prozent

Redaktionelle Hinweise:

- Umfrageergebnisse im Detail: tinyurl.com/qewmel8
- Umfrageergebnisse im zeitlichen Verlauf: tinyurl.com/po5jr5x

Pressekontakte:

foodwatch

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Campact

Jörg Haas

E-Mail: presse@campact.de

Tel.: +49 (0)4231 / 957 – 590

Progressive Unternehmensführung – „Auch große Tanker können ihren Kurs ändern“

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

Berlin, 15.10.2015: Zum Kongress „Progressive Unternehmensstrategien – so geht Neues Wirtschaften!“ am 23.10.2015 in Berlin stellt der Verband UnternehmensGrün eine Studie zu einem neuen Typus nachhaltig orientierter Unternehmensführung vor.

Die Unternehmensberatung „Humanistic Management Practices“ (hmp/Berlin) hat im Auftrag von UnternehmensGrün einen Kreis von fortschrittlichen Firmen zu ihren Geschäftsmodellen und – praktiken befragt. Von Banken über einen Versandhandel bis zum Logistikunternehmen waren unterschiedliche Branchen vertreten.

Die Umfrage lässt erkennen, dass ein neuer Typus von Unternehmen entsteht. Die Firmen nutzen zwar noch konventionelle Kennzahlen für die Unternehmenssteuerung wie „Umsatzentwicklung“ und „Umsatzrendite“. Sie gehen aber über das konventionelle Geschäftsmodell hinaus, indem sie von der Gewinn-Maximierung und vom Wachstumszwang Abschied nehmen. Die Unternehmen setzen intern stärker auf Selbstorganisation der Mitarbeiter_innen und bevorzugen bei Entscheidungen nachhaltige Alternativen, sowohl in der Energie- und Materialversorgung als auch beim Umgang mit Kunden.

„Die Gewinn- und Wachstumsfixierung wird in ihrer Ausschließlichkeit als Irrweg begriffen. Progressive Unternehmerinnen und Unternehmer sehen ihre Aufgaben im Rahmen der Wirkungen ihrer Tätigkeit in der Gesellschaft und auf die Umwelt. Sie arbeiten mit Ziel- und Entscheidungskriterien, die

menschen- und umweltfreundliche Produkte und Produktionsweisen gewährleisten“, so Studienautor Gerd Hofielen, Geschäftsführer von hmp.

Das Markenzeichen dieses neuen Unternehmens-Typs ist die bereitwillige Kooperation mit der Gesellschaft. Die Unternehmen schotten sich nicht ab, um vorwiegend Kapitalrendite zu erreichen, sondern begreifen sich als Teil der Gesellschaft und tragen zum gesellschaftlichen Fortschritt bei. Bisher seien mittlere, familiengeführte Unternehmen Vorreiter der „progressiven Unternehmenskultur“. Hofielen: „In Aktiengesellschaften ist das schwieriger, aber Beispiele wie der Umbau der Führungskultur bei Siemens zwischen 2006 und 2010 zeigen, dass selbst große Tanker ihren Kurs ändern können.“

Die Studie wird auf der UnternehmensGrün Konferenz am 23.10.2015 in der Heinrich Böll Stiftung in Berlin vorgestellt und von Thomas Korbun, dem wissenschaftlichen Geschäftsführer des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), kritisch eingeordnet. Das IÖW hatte erst kürzlich eine Studie zur Bedeutung von Wachstum bei kleinen und mittleren Unternehmen veröffentlicht.

Pressekontakt:

Agentur Ahnen&Enkel

Kai Weller

Email: weller@ahnenenkel.com

Mobil: 0176 24569084

Von Mode bis Mobilität: 34

Projekte für den Bundespreis Ecodesign nominiert

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zeichnen zum vierten Mal

ökologisches Design aus

Die Jury aus Design- und Umweltexperten hat 34 Projekte für den Bundespreis Ecodesign 2015 nominiert. Die ausgewählten Projekte stechen durch überzeugende Gestaltung und Umweltvorteile hervor. Nominiert sind unter anderem Produkte und Konzepte zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und aus den Bereichen Mode, Mobilität und Logistik sowie Ernährung. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks wird die Preise am 23. November 2015 im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Bundesumweltministerium an die Preisträger übergeben.

Insgesamt lagen in diesem Jahr 288 Bewerbungen in den vier Wettbewerbskategorien Produkt, Service, Konzept und Nachwuchs vor. 137 Projekte bestanden die Vorauswahl und wurden der Jury im ehemaligen Flughafen Tempelhof in Berlin präsentiert.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, zeigte sich beeindruckt von der Qualität und Bandbreite der Einreichungen: „Die Nominierten sind ein guter Beweis dafür, dass sich ökologische Produktgestaltung immer mehr bei den Designerinnen und Designern durchsetzt. Dass die Vielfalt der Einreichungen auch im vierten Jahr des Wettbewerbs sogar noch zugenommen hat, ist bemerkenswert.“

Der Vizepräsident des Umweltbundesamtes, Thomas Holzmann hebt hervor: „Besonders freut uns, dass wir in diesem Jahr einen Rekord an Einreichungen von namhaften Unternehmen hatten. Das zeigt uns, dass der Bundespreis Ecodesign auch in der Wirtschaft ankommt.“

Alle Nominierten für den Bundespreis Ecodesign 2015 sind unter:

www.bundespreis-ecodesign.de/de/wettbewerb/2015/nominierte ausgestellt.

Die Preisträger und Nominierten aus dem Vorjahr sind vom 23. bis 25. Oktober in einer Ausstellung beim Designers' Open in Leipzig zu sehen. Mehr unter: www.bundespreis-ecodesign.de/de/ausstellung

Hintergrund

Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt loben den Bundespreis Ecodesign seit 2012 jährlich in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Design Zentrum Berlin aus.

Nominierte

Online-Ausstellung aller Nominierten unter: www.bundespreis-ecodesign.de/de/wettbewerb/2015/nominierte
Kontakt für Bildmaterial: presse@bundespreis-ecodesign.de

Jury

Werner Aisslinger (Designer mit Schwerpunkt auf Produktdesign und Architektur)

Dr. Kirsten Brodde (Campaignerin bei Greenpeace, Autorin)

Dr. Thomas Holzmann (Vizepräsident des Umweltbundesamtes)

Prof. em. Günter Horntrich (emeritierter Professor für Design und Ökologie an der KISD)

Theresa Keilhacker (Architektin mit Schwerpunkt auf nachhaltigem Planen und Bauen)

Dr. Dietlinde Quack (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Öko-Institut, Forschungsschwerpunkt: Nachhaltiger Konsum und Produkte)

Rita Schwarzelühr-Sutter (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)

Prof. Dr. h.c. Erik Spiekermann (Kommunikationsdesigner, Typograf und Autor)

Nicola Stattmann (Designerin mit Schwerpunkt auf Material und Technologie)

Mehr unter:
www.bundespreis-ecodesign.de/de/wettbewerb/2015/jury
Gruppenbild der Jury unter:
www.bundespreis-ecodesign.de/de/presse

Ecodesign

Hintergrundinformationen unter:
www.bundespreis-ecodesign.de/de/ecodesign

Projektbeirat

www.bundespreis-ecodesign.de/de/projektbeirat

Entwicklung und Durchführung

Internationales Design Zentrum Berlin e. V. (IDZ)
www.idz.de

Preisverleihung

Bei Interesse an der Akkreditierung für die Preisverleihung am 23. November senden Sie uns gerne eine E-Mail an: presse@bundespreis-ecodesign.de

Büro Bundespreis Ecodesign
IDZ | Internationales Design Zentrum Berlin e. V.
Columbiadamm 10 | 12101 Berlin
Kontakt: Christiane Caldari-Winkler

T +49 (0)30 280 95 111
F +49 (0)30 280 95 112
presse@bundespreis-ecodesign.de
www.bundespreis-ecodesign.de

9. Münchner Klimaherbst 2015

München in Zeiten des Klimawandels

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

Pressemitteilung

München, den 19. Oktober 2015

Ob Extremwetterereignisse oder Hitzeinseln: Der Klimawandel ist auch in München spürbar. Die Hintergründe und Fakten erläutert der diesjährige 9. Münchner Klimaherbst noch bis 29. Oktober und stellt die Frage, wie Klimaanpassung in der Stadt gelingen kann. Interessent/innen erfahren, was sie selbst tun können und wie die Landeshauptstadt München der Erderwärmung entgegenwirkt.

Unter dem Motto „Politik. Macht. Klima. – und wir?“ stellte der Netzwerk Klimaherbst e.V., gemeinsam mit über 300 Partner/innen, ein vielseitiges Programm zu den Themen Klimapolitik und –diplomatie auf die Beine. Das komplette Veranstaltungsprogramm aus Workshops, Diskussionen und Mitmachaktionen sind auf www.klimaherbst.de zu finden.

Einige Highlights sind:

Stadtklima im Wandel – Grüne Strategien für eine lebenswerte Stadt

19. Oktober, 19 bis 21:30 Uhr, Gasteig, Vortragssaal der Stadtbibliothek, Rosenheimer Straße 5, München

München als stark verdichteter und wachsender urbaner Raum ist bei klimatischen Extremereignissen nach Meinung von Expert/innen sehr verwundbar. Das Stadtklima wirkt auf viele Lebensbereiche, deshalb verfolgt München eine Klimaanpassungs-Strategie. Grundlage für einen Stadtumbau ist die Klimafunktionskarte, ergänzt durch neue Modelle zur Entwicklung des Stadtklimas bis 2050. Hier können

Interessent/innen diskutieren, ob München schon auf dem Weg zu einer klimagerechten Stadt ist.

Klimawandel – Klimaschwindel? Eine kritische Auseinandersetzung mit Klimaskeptikern und ihren Argumenten

20. Oktober, 18 bis 20 Uhr, münchner zukunftssalon, Waltherstraße 29, Rückgebäude, 2. Stock, München

Nicht alle teilen die zentralen Annahmen und Folgerungen der Klimaforschung. Klimaskeptiker in den USA, aber auch bei uns, stellen sich mit Büchern und Vorträgen gegen den wissenschaftlichen Mainstream. Sie behaupten, der Konsens unter Expert/innen über die Ursachen der globalen Erwärmung sei nicht nur falsch, sondern gefälscht: Wissenschaftskritik als Verschwörungstheorie. Ein Vortrag vergleicht die klimaskeptischen Argumentationslinien in den USA und Deutschland und zeigt die darin wirksamen Emotionalisierungsstrategien auf.

Münchner Konzerne für den Klimaschutz – Podiumsdiskussion mit BMW, Munich Re und Siemens

20. Oktober, 19 bis 21 Uhr, Munich Re, Princeton N6, Berliner Str. 95, München

Beim Klimaschutz sind alle gefragt. Die Politik fordert zunehmend die Beteiligung des Privatsektors, wenn es um Lösungen geht. München ist die Heimatstadt von führenden, global wirtschaftenden Dax-30-Unternehmen; Konzerne, die Verantwortung übernehmen. Im Dialog stellen BMW, Munich Re und Siemens dar, welche Bedeutung der Klimawandel für sie hat. Wie agieren sie, welchen Beitrag leisten sie für den Klimaschutz? Zuschauer/innen können Fragen mitbringen und Lösungswege diskutieren.

Szene. Macht. Klima. – und Du? – Aktiv werden für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in München

23. Oktober, 16 bis 20 Uhr, Import Export Kantine, Dachauer Str. 114, München

Überblick auf lokaler Ebene: Interessierte erfahren bei

Einführungsgesprächen und Kurzvorstellungen Münchner Initiativen, wie sie im Bereich Nachhaltigkeit tätig werden können. Auf dem Marktplatz der Möglichkeiten treffen sie Gleichgesinnte oder verschaffen sich einen ersten Eindruck von der Münchner Nachhaltigkeitsszene. Jede/r ist eingeladen, Kontakte zu knüpfen.

Über den Münchner Klimaherbst

Der Münchner Klimaherbst findet 2015 bereits zum neunten Mal statt. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es, einmal im Jahr möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Münchens, Jung wie Alt, für das Thema „Klimawandel und Klimaschutz“ zu sensibilisieren. Initiiert im Jahr 2007 von einem Team der Münchner Volkshochschule, hat sich der Münchner Klimaherbst zu einer der wichtigsten und am meisten beachteten Veranstaltungsplattformen für Nachhaltigkeitsthemen in München entwickelt. Seit Februar 2015 wird er vom Netzwerk Klimaherbst e.V. getragen und zusammen mit der Umweltorganisation Green City e.V. organisiert. Ein umfangreiches Netzwerk an Initiativen und Vereinen, Bildungseinrichtungen, Stiftungen und auch einigen Unternehmen trägt Veranstaltungen bei. Das Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München fördert den Klimaherbst. In jedem Jahr hat der Münchner Klimaherbst einen thematischen Schwerpunkt, der sich an den Themen der UN-Bildungsdekade für eine nachhaltige Entwicklung orientiert. Im Jahr 2015 ist es das Thema „Politik. Macht. Klima. – und wir?“.

Gerne vermitteln wir Ihnen Interviewpartner und Kontakte zu den einzelnen Veranstaltern. Bildmaterial können Sie hier herunterladen www.klimaherbst.de/downloads. Auf www.klimaherbst.de finden Sie außerdem Texte mit Hintergrundinformationen zu den einzelnen Themenbereichen und eine Dokumentation der letzten acht Klimaherbste.

Ansprechpartner:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kerstin Stuiber

Emnid-Umfrage: Zustimmung zu TTIP auf dem Tiefststand – Bürger sehen in Gabriels Werbekampagne für das Abkommen einen Schaden für die SPD

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

Gemeinsame Pressemitteilung von Campact und foodwatch – Thema: Freihandelsabkommen

Berlin, 16. Oktober 2015. Nach der Großdemonstration gegen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen ist die Zustimmung zu TTIP in der Bevölkerung auf einem neuen Tiefststand angekommen. 46 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten TTIP für „eine schlechte Sache“, wie eine repräsentative Befragung von TNS Emnid im Auftrag der Organisationen foodwatch und Campact ergab. Nur noch 34 Prozent halten TTIP demnach für „eine gute Sache“ – es ist der niedrigste Wert in einer Serie von Umfragen, innerhalb derer seit Februar 2014 insgesamt sechs Mal mit identischer Fragestellung die Haltung der Bevölkerung in Deutschland gegenüber dem Abkommen abgefragt wurde.

Am vergangenen Samstag waren in Berlin rund 250.000 Menschen gegen TTIP und das geplante europäisch-kanadische Abkommen

CETA auf die Straße gegangen – es war die größte politische Demonstration seit dem Irak-Krieg. Vizekanzler Sigmar Gabriel hatte am selben Tag in ganzseitigen Anzeigen in verschiedenen Zeitungen für TTIP geworben. Diese Werbekampagne stößt auf Kritik in der Bevölkerung: TNS Emnid zufolge glauben 6 von 10 Befragten (60 Prozent), dass der SPD-Vorsitzende damit seiner eigenen Partei schade.

„Auch durch millionenschwere Werbekampagnen von BDI und Wirtschaftsministerium lassen sich die Menschen nicht irreführen. Die Zustimmung zu TTIP sinkt auf ungeahnte Tiefen. Gabriels Schmusekurs mit den Konzernen führt die SPD in eine Sackgasse“, sagte Felix Kolb, geschäftsführender Vorstand von Campact.

„Sigmar Gabriel hat sich mit seinem Pro-TTIP-Kurs völlig verrannt. Er darf seine Augen nicht länger vor den Sorgen der Menschen verschließen – diese sind so groß wie nie und sie sind berechtigt: TTIP und CETA sind ein Angriff auf unsere Demokratie und deshalb abzulehnen“, so Lena Blanken, Volkswirtin bei der Verbraucherorganisation foodwatch.

In der Emnid-Befragung schätzen die Menschen auch die Folgen des transatlantischen Abkommens kritisch ein. Rund zwei Drittel gehen davon aus, dass TTIP den Umwelt- und Verbraucherschutz (69 Prozent) und die Arbeitnehmerrechte (62 Prozent) „eher verschlechtern“ werde. 73 Prozent glauben, dass sich der Vertrag negativ auf das Datenschutzniveau in Deutschland auswirken werde. 4 von 10 Befragten (40 Prozent) gehen sogar davon aus, dass TTIP schlecht für die Beschäftigungssituation und das Wirtschaftswachstum wäre.

Besonders kritisch bewertet die Bevölkerung zudem einzelne Aspekte des geplanten Abkommens: So sehen 57 Prozent der Befragten in den möglichen Schiedsgerichten für ausländische Investoren „eine schlechte Sache“. 62 Prozent halten es für schlecht, dass TTIP als völkerrechtlicher Vertrag den Spielraum der Gesetzgeber einengen kann.

Für die Befragung hat das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid 1.013 Bürgerinnen und Bürger im Zeitraum vom 13.-14.10.2015 – also nach der Großdemonstration vom 10.10. – repräsentativ im Auftrag von Campact und foodwatch befragt.

Eine Übersicht über aller Ergebnisse der Emnid-Befragungen im Verlauf („Ist dieses Handelsabkommen Ihrer Ansicht nach eine gute oder eine schlechte Sache für Deutschland?“):

- Feb. 2014: gute Sache 55 Prozent / schlechte Sache 25 Prozent
- Okt. 2014: gute Sache 48 Prozent / schlechte Sache 32 Prozent
- Feb. 2015: gute Sache 39 Prozent / schlechte Sache 40 Prozent
- Juni 2015: gute Sache 47 Prozent / schlechte Sache 36 Prozent
- Juli 2015: gute Sache 42 Prozent / schlechte Sache 36 Prozent
- Okt 2015: gute Sache 34 Prozent / schlechte Sache 46 Prozent

Redaktionelle Hinweise:

- Umfrageergebnisse im Detail: tinyurl.com/qewmel8
- Umfrageergebnisse im zeitlichen Verlauf: tinyurl.com/po5jr5x

Pressekontakte:

foodwatch

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Campact

Jörg Haas

E-Mail: presse@campact.de

Tel.: +49 (0)4231 / 957 – 590

ECOVIN Biodiversitätsprogramm in Berlin vorgestellt

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

PRESSEMITTEILUNG

Im Rahmen des 7. Nationalen Forums zur biologischen Vielfalt am 14. Oktober 2015 wurde das „ECOVIN Biodiversitätsprogramm“ in Berlin präsentiert. Auf Einladung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wurde das ECOVIN Biodiversitätsprogramm der Fachöffentlichkeit vorgestellt.

Mit dem Programm wird dem Weinsektor ein umfassendes Management-Werkzeug zum Thema Biodiversität und zu weiteren Aspekten der Nachhaltigkeit angeboten. Das ECOVIN Biodiversitätsprogramm beinhaltet über 80 kleine und große Maßnahmen, für die je ein konkretes Ziel sowie ein Indikator / eine Kennzahl definiert wurde.

Die Initialzündung zum Biodiversitätsprogrammerfolgte bereits im Rahmen des 2010 in Freiburg abgehaltenen ECOVIN Nachhaltigkeits-Symposiums. Hier diskutierte der Verband mit Fachleuten über die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit im Weinbau. Das nun vorliegende Biodiversitätsprogramm wurde als Projekt im Rahmen des Förderprogrammes „CSR im Mittelstand“ des Bundesamtes für Arbeit und Soziales entwickelt, kofinanziert durch den Europäischen Sozialfonds. Unter Einbindung zahlreicher ECOVIN-Winzer und weiterer Fachleute wurde mit den Projektpartnern Global Nature Fund (GNF) und Bodensee-Stiftung seit 2012 intensiv an dem Programm gearbeitet. Das Management-Werkzeug wurde im März 2015 auf der Prowein in Düsseldorf einem Fachpublikum und nun der breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Rahmen eines EU-geförderten ERASMUS+ Projektes wird die gewonnene Expertise ab Herbst 2015 mit Partnern aus dem Ökoweinbau in Portugal, Spanien und der Türkei an mediterrane Bedingungen angepasst und auch dort umgesetzt.

Das ECOVIN Biodiversitäts-Programm ist keine Zertifizierung mit Markenlabel, sondern ein Instrument zur weiteren Sensibilisierung der Weinbranche und gleichzeitig pragmatische Grundlage für konkrete betriebliche Maßnahmen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt. „Wir möchten die Inflation der Nachhaltigkeitsmarken nicht noch weiter anfeuern. Ökologisch nach den entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu wirtschaften und dies auch im Rahmen der Qualitätssicherung zwingend kontrollieren und zertifizieren zu lassen, ist wichtige Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen Weinbau! Eine Profilierung mit Ökothemen ohne entsprechende Zertifizierung lehnen wir ab. Hier ist schnell die Schwelle zum Greenwashing überschritten!“ so ECOVIN Geschäftsführer Ralph Dejas in Berlin.

„Wir sind stolz mit diesem Programm nun auch einen Zugang für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) zum Thema Biologische Vielfalt gefunden zu haben“ betont Dr. Thomas Schaefer, Leiter Naturschutz beim GNF. „Konkret, praxisnah, pragmatisch – eine solche Lösung bietet sich bei vielen anderen Branchen an, deren Betriebe traditionell KMU sind“.

„Landwirtschaftliche Betriebe sind für Maßnahmen zur Förderung der Biologischen Vielfalt prädestiniert – das ergibt sich schon aus dem großen Flächenbedarf“ erläutert Dr. Kerstin Fröhle, Projektleiterin bei der Bodensee Stiftung. Das Wort „Nachhaltigkeit“ war zur Gründung von ECOVIN im Jahre 1985 nicht gebräuchlich aber Hauptgedanke und Motivator der Pioniere des Ökologischen Weinbaus. Erst seit der UNO Konferenz in Rio 1992 fand eine schrittweise Sensibilisierung der Bevölkerung zu dieser Thematik statt. Heute begegnen wir der Nachhaltigkeit in allen Bereichen unseres Lebens und das ist sehr wichtig!

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks betonte im Rahmen ihres Vortrags auf dem Forum in Berlin, dass eine hohe

biologische Vielfalt Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung sei. Sie stellte die „Naturschutz-Offensive 2020“ vor, ein ambitioniertes Handlungsprogramm mit vielen sehr guten Ansätzen und wichtigen Aufgaben vor allem für die Agrarwirtschaft. Mehr zur Naturschutz-Offensive 2020 finden Sie auf den Seiten des BMUB:

<http://www.bmub.bund.de/presse/pressemitteilungen/pm/artikel/umweltministerin-hendricks-startet-naturschutz-offensive/>

[Die Meldung im pdf-Format sowie Bilder finden Sie auf unserer Homepage.](#)

ECOVIN

Bundesverband Ökologischer Weinbau

Wormser Str. 162

55276 Oppenheim

T + 49 (0)61 33 16 40 | F + 49 (0)61 33 16 09

s.sommer@ecovin.de

Bewerbungsaufruf: Nachhaltigkeitspreis 2016 der Neumarkter Lammsbräu

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

„eine lebenswerte Zukunft braucht Menschen, die sich für Nachhaltigkeit engagieren – in der Wirtschaft ebenso wie im sozialen Leben“ so die Erkenntnis des Stifters des Lammsbräu Nachhaltigkeitspreises Dr. Franz Ehrnsperger. Menschen, die vorausdenken, Pionierarbeit leisten oder mutig umgestalten, damit wir alle zu mehr Nachhaltigkeit finden, sollen Unterstützung erfahren, damit es für sie leichter wird, heute in der Gesellschaft die richtigen Weichen für die Zukunft

mitzustellen.

Hier setzt der Lammsbräu Nachhaltigkeitspreis an: Wir nutzen unsere Möglichkeiten, um wegweisenden Projekten zum Erfolg zu helfen. Deswegen machen wir Sie auf die neue Bewerbungsrunde aufmerksam.

Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert und wird in fünf Kategorien verliehen. Die Bewerbungsfrist endet am 29. Februar 2016, das Bewerbungsformular steht unter <http://www.lammsbraeu.de/verantwortung/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitspreis/>

zum Download bereit, auch Fremdnominierungen sind möglich. Die Details sind in der beigefügten Broschüre zusammengefasst, die Sie gerne auch an potenzielle Teilnehmer weiter leiten dürfen. Über eine Verlinkung auf Ihrer Homepage zu unserer Ausschreibung würden wir uns ebenfalls sehr freuen.

Der Preis hebt das Engagement von Menschen und Unternehmen für eine lebenswerte Zukunft hervor, ermutigt sie zum Weitermachen und ermuntert Dritte zur Nachahmung. Es gibt unendlich viele Lebensbereiche, in denen kluger Umweltschutz dem Nachhaltigkeitsgedanken neues Leben einhaucht.

Kontakt

Neumarkter Lammsbräu
Amberger Straße 1
92318 Neumarkt i.d.OPf.

Tel. 09181/404-0
info@lammsbraeu.de

TTIP: foodwatch wirft CDU systematische Fehlinformation vor – „Besseres zu tun“, als falsche Angaben zu korrigieren

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015
Pressemitteilung – Thema: Freihandelsabkommen

Berlin, 8. Oktober 2015. foodwatch hat der CDU vorgeworfen, systematisch falsche Informationen über TTIP zu verbreiten. Wie Recherchen der Verbraucherorganisation belegen, stellen Vertreter der Partei von Bundeskanzlerin Angela Merkel insbesondere die wirtschaftlichen Potenziale des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens regelmäßig zu positiv dar. Parteibroschüren enthalten falsche Angaben, Abgeordnete überzeichnen die Chancen von TTIP gegenüber den Bürgern und im Bundestag, mit Michael Grosse-Brömer „zitiert“ ein hochrangiger CDU-Politiker aus einer Studie, die es gar nicht gibt.

foodwatch forderte die CDU auf, die falschen Angaben zu korrigieren. „Die schiere Häufigkeit der Falschdarstellungen weckt Zweifel, dass es sich nur um Versehen handelt – zumal die Verdrehungen nur eine Richtung kennen: TTIP wird in der Darstellung der CDU immer nur noch größer, noch toller und noch schöner. Die Partei von Angela Merkel legt es darauf an, eine Zukunft mit TTIP so rosig wie möglich darzustellen. Dabei wird die Wahrheit so weit zurechtgebogen, dass die Grenze zum unlauteren Meinungsstreit klar überschritten ist“, kritisierte foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode.

- **Beispiel 1: Manipulative Job-Versprechen.** In einer Parteibroschüre schreibt die CDU etwa: „Die Schätzungen über

zusätzliche Arbeitsplätze [durch TTIP; Anmerkung foodwatch] in der EU reichen von 400.000 bis 1,3 Millionen“. Richtig ist jedoch: In den hier zugrunde gelegten Studien des Münchener ifo-Instituts reichen die Schätzungen von gerade einmal rund 12.000 bis 1,3 Millionen zusätzlichen Jobs. Schon 400.000 Jobs – in der CDU-Darstellung die Untergrenze – hält das ifo-Institut nur dann für erreichbar, wenn ein „sehr optimistisches Szenario, welches erhebliche Unsicherheiten involviert“, einträte.

- **Beispiel 2: Falsche Fakten.** In einem „Brief aus Berlin“ berichtete Michael Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, im März 2015 seinen Wählern von „einer aktuellen Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)“ – deren angeblicher Inhalt: „In ihrer Studie geht die INSM auch von einer Steigerung des EU-Bruttoinlandproduktes über 119 Milliarden Euro aus“. Richtig ist: Es gibt überhaupt keine solche Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Die Zahl von 119 Milliarden Euro stammt aus einer älteren Studie im Auftrag der Europäischen Kommission und wird von Grosse-Brömer zudem inhaltlich verzerrt wiedergegeben (siehe dazu Beispiel 3). Zur Korrektur der nachweislich falschen Angabe aufgefordert, antwortete Grosse-Brömer auf twitter nur: „Habe gerade besseres zu tun, als auf wenig überzeugende und falsche Behauptungen einzugehen“ (tweet: [tinyurl.com/pjtkdbk](https://twitter.com/pjtkdbk)).

- **Beispiel 3: Aufgeblasene Wachstumseffekte.** Der wirtschaftspolitische Sprecher der Union, der CDU-Abgeordnete Joachim Pfeiffer, schrieb im September 2014 in einer Fraktionsbroschüre: „Allein bei TTIP gehen Schätzungen von einem jährlichen zusätzlichen Wachstum von 119 Milliarden Euro auf europäischer [...] Seite aus“ (Hervorhebung durch foodwatch). Ähnlich lautende Aussagen traf Herr Pfeiffer wiederholt. Auch hier geht es um die Studie im Auftrag der Europäischen Kommission. Diese sagt jedoch, dass – je nach Ausgestaltung von TTIP – das Bruttoinlandsprodukt der EU im

Jahre 2027 (!) insgesamt um 68 bis 119 Milliarden Euro höher liegen könnte als ohne TTIP. 119 Milliarden werden demnach also nur im besten Falle und auch nur als Gesamteffekt zehn Jahre nach Inkrafttreten von TTIP für möglich gehalten – sie stellen aber sicher kein „jährliches zusätzliches Wachstum“ dar.

Weitere Aussagen von CDU-Vertretern sowie alle Quellen hat foodwatch in einem Hintergrundpapier (tinyurl.com/cdu-ttip-wahrheit) publiziert. Alle Zitate sind aktuell auf Internetseiten abrufbar und dienen also den Bürgerinnen und Bürgern zur (Des-)Information über TTIP.

Bemerkenswert ist die Häufung falscher und verzerrter Angaben auch deshalb, weil der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer in der vergangenen Woche im Bundestag seinerseits die Seriosität TTIP-kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Frage gestellt und diesen vorgeworfen hatte, „Angstkampagnen“ statt „Argumente“ zu verbreiten (siehe Plenarprotokoll, S. 12302 ff. tinyurl.com/pg9p3gb).

foodwatch Geschäftsführer Thilo Bode: „Wer selbst ein so angespanntes Verhältnis zur Wahrheit hat, darf sich nicht wundern, dass die Bürgerinnen und Bürger bei TTIP misstrauisch werden. Wenn am Samstag wahrscheinlich Zehntausende in Berlin gegen das Abkommen demonstrieren werden, ist dies auch eine Quittung für die Desinformationspolitik der CDU.“

Gemeinsam mit mehr als 30 anderen Organisationen ruft foodwatch für diesen Samstag zur bundesweiten Großdemonstration in Berlin gegen TTIP und das europäisch-kanadische Abkommen CETA auf. Das Veranstalterbündnis erwartet weit mehr als 50.000 Teilnehmer.

Link:

– Bundesweite Stopp-TTIP-Demo am 10.10. in Berlin – www.ttip-demo.de

Redaktionelle Hinweise:

– foodwatch-Hintergrundpapier: Die CDU, TTIP und die Wahrheit:
tinyurl.com/cdu-ttip-wahrheit

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Am Samstag während der Demo: +49 (0) 1 74 / 3 75 16 89

Stop-TTIP-Demo am 10.10.: foodwatch macht mit Skulpturenwagen von Jacques Tilly auf Gefahren des Freihandelsabkommens für die Demokratie aufmerksam – Rede von Thilo Bode auf dem Washingtonplatz in Berlin

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

Pressemitteilung

–

Thema:

Großdemonstration/Freihandelsabkommen

+++ Achtung Bildredaktionen: Fotos von der heutigen Bildaktion
(Freitag) mit dem Tilly-Wagen vor Kanzleramt/Bundestag für die

Vorberichterstattung zur Demo ab ca. 14 Uhr heute zum Download: www.ttip-downloads.foodwatch.de +++

Berlin, 9. Oktober 2015. Mit einem Wagen des Künstlers Jacques Tilly wird die Verbraucherorganisation foodwatch bei der großen Stop-TTIP-Demo an diesem Samstag (10. Oktober) in Berlin auf die Gefahren des geplanten Freihandelsabkommens für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufmerksam machen. Eine Großplastik des Düsseldorfer Bildhauers – bekannt vor allem für seine politischen Karnevalswagen – zeigt, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel durch ihre Unterstützung für TTIP Hand an die Demokratie anlegt. foodwatch-Gründer Thilo Bode wird zudem auf dem Washingtonplatz vor dem Berliner Hauptbahnhof über die Auswirkungen von TTIP und CETA auf die Demokratie sprechen (geplant für 13.06 Uhr).

„TTIP ist keineswegs alternativlos. Wer einheitliche technische Standards und fairen Freihandel will, benötigt kein Abkommen, das den Einfluss von Parlamenten beschneidet und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger missachtet“, erklärte foodwatch-Sprecher Martin Rücker.

Die Verbraucherorganisation rief zu einer zahlreichen Teilnahme an der Großdemonstration auf. foodwatch gehört neben mehr als 30 anderen Organisationen zum Trägerkreis – darunter Gewerkschaften, Umweltschutzinitiativen, Entwicklungshilfeorganisationen und Wohlfahrtsverbände. „Mit zehntausenden Menschen wollen wir bunt, kreativ und unübersehbar ein Zeichen setzen, dass TTIP und CETA mit den Interessen der Zivilgesellschaft nicht in Einklang zu bringen sind. Der CETA-Vertrag darf nicht verabschiedet, die TTIP-Verhandlungen unter den gegenwärtigen Voraussetzungen müssen gestoppt werden“, so foodwatch-Sprecher Martin Rücker.

Wesentlicher Kritikpunkt an den Abkommen: Die geplanten Freihandelsverträge schwächen das Wahlrecht der Bürger und den Einfluss von Abgeordneten. Eine ausführliche Analyse über die Auswirkungen der Abkommen auf die Demokratie hatte foodwatch

am Montag in Berlin vorgestellt. Demnach fehlt dem gesamten Verfahren vom Beschluss der Verhandlungsmandate über die Transparenz der Verhandlungen bis hin zur Verabschiedung der Abkommen eine ausreichende demokratische Legitimation. Zudem werden mit den Verträgen Bindungen eingegangen, die die Befugnisse von Parlamenten in der Zukunft beschneiden und damit den Wert einer Stimme bei Bundestags- oder Europawahl reduzieren.

Link:

– Informationen zur Stop-TTIP-Demo: www.ttip-demo.de

Redaktionelle Hinweise:

– Fotos von der heutigen Bildaktion mit dem Tilly-Wagen vor Kanzleramt/Bundestag für die Vorberichterstattung zur Demo ab ca. 14 Uhr heute zum Download: www.ttip-downloads.foodwatch.de
– foodwatch-Papier zu den Auswirkungen von TTIP und CETA auf die Demokratie: www.tinyurl.com/ttip-demokratie

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 290

Am Samstag während der Demo: +49 (0) 1 74 / 3 75 16 89

Bündnis bereitet Referenden gegen CETA und TTIP in den Niederlanden vor

geschrieben von Andreas | 30. Oktober 2015

Gemeinsame Pressemitteilung von Mehr Demokratie e.V. und

foodwatch

Berlin, 9. Oktober 2015. In den Niederlanden bereitet ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen Referenden gegen TTIP und CETA vor. Ziel der Allianz ist es, Abstimmungen über die geplanten Freihandelsverträge der EU mit den USA und mit Kanada zu erreichen. Das Bündnis unter Beteiligung von Mehr Demokratie e.V. und der Verbraucherorganisation foodwatch startete heute die Plattform www.ttip-referendum.nl, auf der sich Bürgerinnen und Bürger vernetzen können, die die Referenden unterzeichnen wollen. Wie auch in Amsterdam wird der Protest gegen TTIP und CETA an diesem Samstag (10.10.) in mehreren europäischen Mitgliedstaaten auf die Straße getragen. Bei einer Großdemonstration in Berlin rechnen die Veranstalter mit weit mehr als 50.000 Teilnehmern.

„Die Niederlande sind nur ein Beispiel, wie Bürgerinnen und Bürger die verfügbaren politischen Mittel nutzen, um sich gegen TTIP und CETA auszusprechen. In der Hälfte aller EU-Staaten wären Referenden über die Zustimmung zu völkerrechtlichen Verträgen möglich – das zeigt eine von Stop TTIP veröffentlichte Studie“, sagt Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie.

„Der Widerstand gegen TTIP und CETA regt sich keineswegs nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas. Die europäische Politik wäre gut beraten, die berechtigte Kritik der Menschen endlich ernst zu nehmen“, sagte foodwatch-Sprecher Martin Rücker.

Die Niederlande hatte 2014 als erster EU-Staat ein so genanntes „Veto-Referendum“ eingeführt. Es gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, über bereits beschlossene Gesetze oder internationale Verträge abzustimmen, wenn zuvor mindestens 300.000 Menschen innerhalb von sechs Wochen eine entsprechende Initiative unterstützt haben. Ein Referendum gegen ein Freihandelsabkommen ist demnach möglich, sobald die niederländische Regierung einem der Verträge

zugestimmt hat. Das Ergebnis eines Referendums ist zwar rechtlich nicht bindend. Politisch wäre es für die niederländische Politik jedoch sehr schwer, sich über den Willen des Volkes hinwegzusetzen.

Zu den Initiatoren der Plattform www.ttip-referendum.nl gehören neben den niederländischen Organisationen von Mehr Demokratie und foodwatch auch Milieudéfense (Friends of the Earth Niederlande) und das Transnational Institute (TNI). Weitere Organisationen können sich anschließen. Auf der Internetseite des Bündnisses können Bürgerinnen und Bürger eine Petition gegen CETA und die bisher bekannten TTIP-Pläne unterzeichnen und bereits jetzt Referenden über die Abkommen einfordern. Das Bündnis kündigte an, im Falle einer Zustimmung der niederländischen Regierung zu CETA oder TTIP sofort den Startschuss für ein formelles Referendumsbegehren zu geben.

Links:

- Plattform für niederländische Referenden gegen TTIP und CETA: www.ttip-referendum.nl
- Großdemonstration am Samstag (10.10.) in Berlin: www.ttip-demo.de
- Studie zur Ratifizierung von TTIP in den Mitgliedstaaten: stop-ttip.org/de/ttip-studie-ratifizierung/

Pressekontakte:

Mehr Demokratie

Anne Dänner

E-Mail: presse@mehr-demokratie.de

Tel.: +49 (0)178 7 / 816 30 17

foodwatch

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90